

Resolution

Keine Armee-Einsätze gegen Geflüchtete!

Seit Februar besteht die konkrete Gefahr, dass die Armee gegen Geflüchtete eingesetzt wird. Das VBS teilte bereits 5000 Soldaten die Verschiebung ihres Wiederholungskurses mit, um für entsprechende subsidiäre Einsätze gewappnet zu sein. Ausserdem befinden sich Militärpolizeinheiten, ein Bataillon Infanterie-Durchdiener und zwei WK-Bataillone in Bereitschaft.

Diese Pläne rufen die katastrophale Rolle der Schweizer Armee im Zweiten Weltkrieg in Erinnerung. Damals wurden 30'000 jüdische Fliehende in den sicheren Tod zurückgeschickt. Auch wenn die Hauptverantwortung beim Bundesrat lag, haben Armee und General die Situation deutlich verschärft.

Selbst wenn die Armee heute nur hinter der Grenze eine Rolle spielen sollte, wäre das fragwürdig. Die meisten Geflüchteten kommen direkt aus Kriegsgebieten. Militär-Uniformen, insbesondere der „Kämpfer“, und Waffen können eine retraumatisierende Wirkung haben. Die GSoA schlägt vor, dass der Zivilschutz und der Zivildienst für den Empfang und die Betreuung von Schutzsuchenden eingesetzt werden, sollten die Kapazitäten der übrigen zivilen Behörden nicht mehr ausreichen. Auf keinen Fall dürfen Soldaten an der Grenze eingesetzt werden.

Statt die Armee gegen Geflüchtete einzusetzen, muss die Schweiz aufhören, Kriegsgeräte zu exportieren und zu finanzieren. So wird die saudische Luftwaffe, welche in Jemen die Zivilbevölkerung bombardiert, mit Pilatus-Flugzeugen trainiert, und Schweizer Geld wird in eine Vielzahl von Rüstungskonzernen investiert. Sollte die Armee gegen Geflüchtete zum Einsatz gelangen, wird sich die GSoA dagegen wehren.